

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 27. Jänner 1937

Nr. 23

Aus dem Inhalt:

Was wird nach dem spanischen Krieg?

Die Sintflut am Ohio

53 Tote einer Grubenkatastrophe

Die nationalen Verhandlungen

Heute mittags begaben sich die drei deutschen Minister, die Führer der parlamentarischen Klubs der deutschen Regierungsparteien und die drei sogenannten jungaktivistischen Politiker zum Ministerpräsidenten ins Kolowrat-Palast, um ein Memorandum zu überreichen, welches einige dringende Forderungen der deutschen Koalitionsparteien im Hinblick auf die nationalen Verhältnisse enthält. Von der deutschen sozialdemokratischen Partei nehmen an der Vorgesprache Minister Dr. Czech und die Abgeordneten Laub, de Witte und Jaksch teil.

Mit dem heutigen Tage also werden die nationalen Verhandlungen eröffnet, über die seit Wochen gesprochen wird. Es handelt sich hierbei darum, eine wirkliche nationale Verfassung durchzuführen, einen Zustand zu schaffen, der in den deutschen Bürgern dieses Staates das Gefühl wirklicher Gleichberechtigung herbeiführen soll.

Die deutschen Regierungsparteien haben hierbei das Ziel, der Formel „Gleichheit unter Gleichen“ Leben zu verleihen und solche Verhältnisse herbeizuführen, daß der Deutsche in dem Staat nicht etwas Fremdes spüre, das ihm oft durchwegs in Gestalt andersnationaler Staatsorgane entgegentritt, sondern daß er mitregiere und mitbestimme. Die schwere Krise der Wirtschaft, welche für einen großen Teil des sudetendeutschen Gebietes eine Katastrophe war, hat uns gezeigt, welche mächtigen Einflüsse der Staat auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ausübt und daß eine Vernachlässigung des deutschen Elementes Hunger und Verarmung für tausende braver, arbeitssamer deutscher Menschen bedeuten kann.

Es sind also wichtige wirtschaftliche, nationale, politische und Kulturinteressen, um die es geht, und es ist im Interesse der Demokratie und des nationalen Friedens, daß die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den deutschen Vertretern zu einem positiven Resultat führen. Das würde die Demokratie im deutschen Volk befestigen und für alle realpolitischen, ehrlichen, arbeitwilligen und aufbauenden Elemente des Sudetendeutschums eine Stärkung sein. Von der Einsicht der tschechischen Parteien hängt also nicht wenig ab.

Amlich wird über die Vorgesprache gemeldet:

Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Gobja wird Mittwoch den Besuch von Vertretern der deutschen Regierungsparteien empfangen, die ihm einen gemeinsam redigierten Entwurf als sachliche Grundlage für Besprechungen über die Regelung einiger Fragen der Minderheitenpolitik überreichen werden. Der Vorsitzende der Regierung wird dieses Elaborat einem Studium unterziehen und dann über den weiteren Fortgang der Verhandlungen entscheiden.

Nachtangriff vor Madrid abgeschlagen

Madrid. Der Ausschuss für die Verteidigung Madrids gab Dienstag mittags folgenden Bericht aus:

Nach heftiger Artillerievorbereitung unternahm die Aufständischen in der vergangenen Nacht einen Angriff auf die Stellungen der Regierungstruppen im Abschnitt von El Pardo nordwestlich von Madrid. Nach heftigem Kampfe wurde der Angriff abgewehrt.

Justizminister fordert mächtige Revolutionsarmee

Justizminister Olivier Garcia forderte im Rundfunk von Barcelona zur Bildung einer mächtigen Volksarmee auf. Er erklärte u. a.: „Ich war und bleibe ein Antimilitarist. Ich muß aber heute, im Hinblick auf die bedrohliche Situation Deutschlands und Italiens und im Hinblick auf das feige Verhalten der demokratischen Länder erklären, daß die Unabhängigkeit des spanischen Proletariats nur durch ein unabhängiges Spanien garantiert werden kann. Dieses unabhängige Spanien kann nur durch die Bildung einer mächtigen Revolutionsarmee garantiert werden.“ Hierauf wandte sich der Minister in seinem Aufruf an die Milizionäre, die er zu einer gemeinsamen Aktion auffordert, um so die Rechte zu sichern, die das Proletariat errungen hat.

Das Rätsel um den Tod Nawaschins GPU oder Gestapo als Mörder

Paris. Die Ursachen der Ermordung des russischen Schriftstellers und Journalisten Dimitrij Nawaschin bleiben noch ungeklärt und die Polizei ist bei ihren Untersuchungen noch auf keiner bestimmten Spur. Die Polizei scheint überzeugt zu sein, daß es sich um einen politischen Mord handelt, doch wurde bisher nicht festgestellt, welcher politischen Gruppe oder Partei der Ermordete angehört.

Einige hervorragende französische politische Persönlichkeiten, mit denen Nawaschin regelmäßige freundschaftliche Beziehungen unterhielt, so z. B. Minister für Volkswirtschaft Spinasse, welcher eben Montag mit ihm zu Mittag essen sollte, die ehemalige Minister de Monzie und Paul Renaud, der Direktor des Blattes „La République“ Emil Roche und andere würdigen durchwegs die hervorragenden wissenschaftlichen Kenntnisse Nawaschins und nehmen gleichfalls einen politischen Mord an.

In russischen Emigrantenzirkeln und in der Pariser nationalsozialistischen Presse ist man der Meinung, daß Nawaschin von der GPU (der sowjetrussischen Geheimpolizei) beseitigt worden ist. Nawaschin, ein ehemaliger Führer der Sowjets, trennte sich von ihnen und unterhielt nicht nur mit den Führern der Trozki-Bewegung, darunter auch einigen, die soden in Moskau vor Gericht stehen, sondern auch mit fortschrittlichen Mitgliedern der russischen Emigration freundschaftliche Beziehungen.

Andere machen aufmerksam, daß Nawaschin die geheime nationalsozialistische Propaganda in England, Polen, Dänemark und in anderen Län-

dern enthielt und systematisch anprangerte und daß er ein offener Feind des deutschen Nationalsozialismus war. Der sozialistische „Populaire“ stellt in einer fetten Ueberschrift die Frage, ob Nawaschin nicht das Opfer der deutschen heimlichen Staatspolizei sei.

Das gleiche Blatt schreibt, daß Nawaschin und seine Mitarbeiter vor zwei Jahren sehr wichtige Nachrichten über die militärischen Vorbereitungen Deutschlands erhalten haben. Kurz darauf sei einer der Mitarbeiter Nawaschins unter sehr geheimnisvollen Umständen ermordet worden.

Der Gerichtsarzt konstatierte nach der Obduktion des Leichnams Dimitrij Nawaschins, daß dieser nicht durch Revolverkugeln, sondern durch einen Dolch in den Rücken ermordet wurde.

Die nach den Ursachen der Ermordung Nawaschins forschende Polizei schließt außer der Möglichkeit eines politischen Mordes auch einen Mord aus persönlichen Beweggründen oder einen Mord aus Rache nicht aus. Es wurde festgestellt, daß Nawaschin, der ehemalige Bankdirektor, auch Geldverleiher, die er oft erst durch Drohungen wieder hereinbringen konnte. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es sich hier um die Tat eines verfolgten Schuldners oder eines ehemaligen Angestellten der Bank, in der er Direktor war, oder vielleicht um einen russischen Flüchtling handelt. Die Polizei forscht deshalb nach allen Einzelheiten in den Dokumenten des Ermordeten. Die Vermutung eines politischen Mordes bleibt jedoch auch weiterhin als die wahrscheinlichste aufrecht.

Ist Frankreichs Armee gerüstet? Debatte in der Pariser Kammer

Paris. Die Kammer hat Dienstag nachmittags die Interpellationen über die Nationalverteidigung aufgenommen. Die Interpellationen, welche sehr ruhig und sachlich sind, haben einen technischen, man kann sagen, fast akademischen Charakter.

Der Abgeordnete der linken Mitte Jaquiesnot bedauert, daß die Meinung vorherrschend ist, daß die französische Armee ständig defensiv und passiv und ungenügendermaßen aktiv sei. Er ist der Ansicht, daß das gegenwärtige Befestigungssystem zwar Frankreich vor einem plötzlichen Angriff schützen könne, jedoch keine Offensivmöglichkeit biete. Letzteres könne durch eine systematische Motorisierung der Armer erzielt werden, die immer noch unzureichend sei.

Der Führer der Rechten, der ehemalige Minister Louis Marin fordert die Vereinigung der drei Ministerien für Nationalverteidigung, Marine und Flugwesen und empfiehlt eine einheitliche Führung.

Der unabhängige Abgeordnete der Mitte Montagnon stellt die Frage, auf welche Weise das Kriegsministerium auf die ungeheuren Leistungen Deutschlands antworten werde. Er erklärt, Frankreich müsse bereit sein, jeder Ueberforderung die Stirne bieten zu können. Der Redner würde wünschen, daß das französische Parlament innerhalb von drei oder vier Wochen ein Sonderstatut für den Kriegsfall annehme.

Der Führer der Mitte, der ehemalige Mini-

ster Paul Renaud, erklärt, Frankreich müsse eine starke Armee besitzen. Die Bestrebungen der Regierung und des Parlamentes müssen alles Veräumte schnell nachholen und alles für einen ordnungsmäßigen Ausbau einer starken Armee aufwenden. Die Regierung müsse alle modernen Errungenschaften auf allen Gebieten in militärischer, flugtechnischer und marinetechnischer Hinsicht unterstützen.

Als Renaud die Passivität kritisierte, mit welcher Frankreich den deutschen Schritt vom 7. März vergangenen Jahres (Besetzung der Rheinzone durch Deutschland) aufnahm, meldete sich der ehemalige Ministerpräsident Flaubin zu Wort. Er machte darauf aufmerksam, daß Frankreich nicht der alleinige Signatar der Locarnoverträge war und daher in diese Angelegenheit nicht für sich allein handeln konnte. Deshalb könne man nicht nur Frankreich allein Passivität vorhalten.

Italien über die Blum-Rede verstimmt

Rom. Der Fasas-Berichterstatter meldete aus Rom, die italienischen politischen Kreise konstatierten mit einer gewissen Verwunderung, daß Ministerpräsident Leon Blum in seiner Vponer Rede die französisch-italienischen Beziehungen überhaupt nicht erwähnte. Infolgedessen könne keine italienische Reaktion auf diese Rede erwartet werden, da diese Rede nur geringes Interesse hervorgerufen habe und nichts an der gegenwärtigen Lage änderte.

Amerika rechnet dauernd mit 5 Millionen Arbeitslosen

Washington. Der Kreditausschuss des Repräsentationshauses forderte einen Zusatzkredit von 790 Millionen Dollar für die Arbeitslosenhilfe bis 30. Juni an.

Nach einem Bericht des Direktors der Nationalen Administration Hopkins wird auch in Zukunft bei günstiger Konjunktur mit einer ständigen Arbeitslosenzahl von etwa fünf Millionen zu rechnen sein. Diese Ziffer bedeute ein Minimum und werde durch jede Wirtschaftskrise eine Erhöhung erfahren.

Hopkins sieht bei dem jetzigen Stand der amerikanischen Wirtschaft unvermeidliche periodische Krisen voraus. Für das Jahr 1937 nimmt Hopkins eine Arbeitslosenzahl von etwa 6,5 bis 7,5 Millionen an. Die amerikanische Industrieerzeugung mühte nach Hopkins im Jahre 1937 gegenüber dem Vorjahre um 45 Prozent steigen, damit die Zahl der Arbeitslosen auf den Stand vom Jahre 1929, d. i. auf 1,8 Millionen, zurückgehe.

Gärendes Japan

(B. W.) In dem Augenblicke, da diese Zeilen geschrieben werden, ist es noch unbekannt, welche Lösung die japanische Regierungstrife finden wird. Eins ist aber klar: Die dritte Yamatenregierung, die Japan seit dem 15. Mai 1932, an dem der Ministerpräsident Inukai ermordet wurde, erlebt, die Regierung Hirota - Arita - Baba - Terachi, ist nicht langlebiger gewesen als ihre Vorgängerinnen. Der letzte Grund für die Kurzlebigkeit der japanischen Beamtenregierungen ist darin zu suchen, daß sie auf dem Grundbaß der vollkommenen gegenseitigen Paralyse der beiden Parteien aufgebaut sind. An der Regierung Hirota waren auch die beiden alten Parteien beteiligt, aber diese Beteiligung gab der Regierung keineswegs einen parlamentarischen Anstrich. Ganz im Gegenteil, die Teilnahme der Führer der beiden Parteien, die in der letzten Zeit einander besonders scharf bekämpften, nahm dem Parlament jede Bedeutung, schaltete es vollkommen von jeder Kontrolle aus. Das klassische Schauspiel zwischen der Regierung und der Opposition, das man England abgucken zu haben sich rühmte, das Abblenden der einen Parteiregierung durch die andere, das als ein bestimmter Hemmschuh für die Willkür und Korruption angesehen wurde, hörte auf. Das war der erste Grad der Paralyse. Der zweite Grad bestand darin, daß die zivile Bürokratie durch die militärische und umgekehrt, vollkommen gebremst wurde. Im modernen Japan ist die Armee wie die Marine seit je von der Regierung grundsätzlich unabhängig. Aber die Bildung einer parlamentarischen Regierung war stets von den beiden Mächten der Armee und Marine abhängig gewesen, weil ja die beiden Wehrminister aus diesen Kreisen stammen mußten. So war es den mächtigen militärischen Mächten in die Hand gegeben, jede nicht genehme Regierungsabildung zu verhindern oder jedenfalls jede unbequeme Regierung in jedem gegebenen Augenblick zu stürzen.

Im Grunde genommen ist die Regierung Hirota weder eine parlamentarische noch eine Beamtenregierung gewesen, sondern ein Herrschaftsorgan, ein Instrument, das vor allem dem Kaiser die widerstrebenden Interessen der mächtigen Mächten dienen sollte. So ist der Finanzminister Baba, ebenso wie sein während des Putzsches vom 26. Februar ermordeter Vorgänger, der Vertreter der einflussreichen Bankkreise gewesen, die in der Bewilligung der uesterlosen finanziellen Anforderungen der militärischen Mächten den Ruin der Volkswirtschaft erblickten. Graf Terachi, der Kriegsminister, ist jedoch das Sprachrohr gerade jener militärischen Kreise, die alle Volkskräfte in den Dienst einer großwahnsinnigen Außenpolitik stellen wollen. Die Diplomaten Hirota und Arita versuchen eine Vermittlung zwischen den beiden Extremen, diese „Mittellinie“ kann jedoch nur Untätigkeit bedeuten.

Die Militärführer, die zweifellos von deutscher Seite beeinflusst werden, entwickeln eine hemmungslose Demagogie, indem sie die Durchsetzung der wahnwitzigen Militärforderungen mit radikalen Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verknüpfen zu wollen vorgeben. Das Ziel ist die Befestigung jedes Einflusses des Parlaments und der Parteien auf die Gestaltung der Außen-, womöglich auch der Innenpolitik, vor allem die Befestigung des Budgetbewilligungsrechtes. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Militärführer, falls ihnen die Macht ergreifen gelingen sollte, tatsächlich geneigt wären, nun etwa zu einer hemmungslosen Außenpolitik, die in einen großen Krieg münden sollte, überzugehen. Vielmehr ist in diesem Falle eine in hohem Grade opportunistische Außenpolitik zu erwarten. Die militärischen Mächten sind übrigens untereinander uneinig, die Reibungen zwischen dem Kriegsministerium und der Generalität sind in der letzten Zeit keineswegs geringer geworden. Entlassungen und Verlegungen der Offiziere werden von Terachi in einem bisher noch unbekanntem Umfang betrieben. Terachi selbst ist wegen seines Opportunismus in den Offizierskreisen sehr unbeliebt.

Alle maßgebenden Kreise haben Angst vor einer radikalen Entfaltung der Dinge. Deshalb ist eine Lösung in einer Mittellinie das wahrscheinlichste. In diesem Zusammenhang tauchte wieder der Name des Prinzen Sumitomo Kotoyuki, des Präsidenten des Oberhauses, auf.

Er, der zu der ältesten Feudalaristokratie gehört, steht in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Prinzen Saionji, dem letzten „alten Staatsmann“ (Genro), der die tatsächliche Entscheidung über die Regierungsbildung hat. Monohé gehört zur Schule des alten Saionji, das heißt, er ist ein Mann des Ausgleiches. Aber es scheint, daß er die Intelligenz der letzten Regierungen verurteilt und gewisse faschistische Reigungen aufweist. In der nächsten Umgebung des Prinzen Monohé wurde bereits vor einigen Wochen davon gesprochen, daß, falls er diesmal die Regierungsbildung übernehmen sollte, er eine viel entscheidendere Politik machen werde, als man es in Japan bisher gewohnt war. Monohé ist übrigens nach japanischen Begriffen sehr jung, er ist nicht einmal fünfzig.

Ugola ist eine Zwischenlösung wie Hirota eine war. Er war wie dieser Gouverneur von Korea, wie Hirota war er untätig und wie Hirota wurde er wegen seiner Passivität vom Prinzen Saionji empfohlen.

Wieses wird schließlich auch davon abhängen, wie sich die japanischen Bolschewisten in den nächsten Monaten verhalten werden. Die sogenannte Soziale Masspartei (Shakai Taishuto), deren Vertretung im Parlament noch sehr klein ist, erfreut sich einer weitgehenden Unterstützung nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch seitens der Kleinrentner, Intellektuellen und der niederen Beamtenschaft. Diese sehr gemäßigten Arbeiterpartei, die sogar durch die radikalere Elemente gewisser Sympathien für den Faschismus verdächtigt wird, stützt sich vor allem auf die Gewerkschaften. In der letzten Zeit hat die

Regierung einen großen Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt, mit dem Ziele, die Arbeiterorganisationen völlig von der Politik auszuschalten. Dieses Vorgehen hat jedoch zu einem entgegengesetzten Ergebnis geführt, nämlich zu einer Radikalisierung der Partei und der Gewerkschaften. So haben vor einigen Wochen die Lokaler Gewerkschaft der Verschleißarbeiter sowie fünf andere große Gewerkschaftsorganisationen, die bis jetzt eher in einer gewissen Opposition zu der Sozialen Massenpartei standen, ihren Standpunkt revidiert und die Unterstützung der Partei beschlossen.

Man darf sich das heutige Japan keineswegs als „gleichgeschaltet“ vorstellen oder die Volksmassen dieses großen Staates als passiv. Japan gleicht heute, im Gegenteil, einem brodelnden Kessel. Was aus dieser Gärung entstehen soll, ist schwer zu sagen. Aber Japan geht großen inneren Konflikten und gewaltigen Auseinandersetzungen in der Innenpolitik entgegen. Eine faschistische oder sozialistische Massenpartei gibt es bis jetzt in Japan nicht, die Arbeiter, Handwerker, Kleinrentner, Beamten und Intellektuellen sind aber andererseits vollkommen dafür reif, in dieser schweren Krisenzeit einer kräftigen politischen Führung zu folgen. Sollten die militärischen Eliten und die faschistischen Geheimclubs, aus Angst vor dem Volke es nicht wagen, eine wenigstens dem Scheine nach radikale Politik durchzuführen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die verborgene Energie, die sich zweifellos in ungeheurerem Umfang in der japanischen Nation angesammelt hat, sich auf revolutionäre Bahnen entläßt.

graphische Darstellung, das ist alles. Auf sie setzt jetzt Genoffe Sésé seinen Blick. Sie zeigt den neuen Aufbau einer Division des Bolschewezers, ihren Kommandostab, die Hierarchie ihrer politischen Kommissare, ihrer Unterteilung in Regimenter, Bataillone, Kompanien, Sektionen und Schargruppen. — „Aus den Militärschulen“, sagt er, „sind richtige Divisionen mit Regiments- und Offiziersstäben geworden; an der Aragonfront stehen sie bereits und die Aufstellung der fünf Divisionen, die für das Hinterland bestimmt sind, wird auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Jede Division umfaßt 18.000 Mann. Katalonien wird also zu seinen Frontkämpfern noch eine unmittelbar einsetzende erste Reserve von 90.000 Mann in ständiger Bereitschaft haben.“

Die freien Gewerkschaften haben tatkräftig an der Geburt des neuen Heeres mitgewirkt. In ihrem Sekretariat liegt eben ein aufschlußreiches neues Flugblatt vor: „Arbeiter vor der UGT: Das Volkser ist gegründet. Zu den Waffen für den Sieg!“ — Die Waffen sind da, erklärt der Aufruf, aber wir können nur dann in sie vertrauen, wenn ein wohlgegliedertes und diszipliniertes Volkser sich ihrer bedient: „An den Gewerkschaften vor allem liegt es, im Volk jene antimilitaristischen Vorurteile zu zerstreuen, die aufgeworfen sind für frühere Zeiten, aber ein Verbrechen wären im gegenwärtigen Augenblick. Denn ohne Heer können wir nicht siegen.“

Die Gewerkschaftseinheit

Der allgemeine Gewerkschaftsbund, kurz UGT genannt, ist nicht die einzige Gewerkschaftsorganisation Spaniens. Neben ihm besteht noch die anarchistische Gewerkschaftsföderation, die CNT, die besonders in Katalonien ausnehmend stark ist.

Die sozialistisch orientierte UGT zählte bis zu den Juli-Ereignissen etwas mehr als hunderttausend Anhänger in Katalonien. Seit damals ist ihre Mitgliederzahl sprunghaft gestiegen: Am Ende des Jahres betrug sie bereits 475.000. — Auch das Wachstum der Anarchisten ist durch die Militärisierung in gleicher Weise gefördert worden, es dürfte mit dem der UGT wohl Schritt gehalten haben. „Ich habe den Eindruck“, sagt Genoffe Sésé, „daß wir beide heute gleich stark sind in Katalonien.“

Immer festere Fäden spannen sich zwischen den beiden großen Syndikaten. „Sie rücken einander näher und näher“, stellt der Generalsekretär der UGT fest: „Diese Entwicklung ist keine bloß durch die Umstände, durch die gemeinsame Gefahr bedingt. Es geht mehr und mehr einer organischen Fusion zu.“

Die Unifizierung der gewerkschaftlichen Kräfte ist eben erst von Largo Caballero selbst propagiert worden. Die Anarchisten haben seinen Ruf zustimmend aufgenommen. Gleichzeitig aber will Caballero auch die politische Union der proletarischen Kräfte, was durchaus noch nicht den Beifall der Anarchisten findet.

Die marxistischen Parteien Kataloniens haben schon seit langem zur politischen Einheit gerufen. Sie sind in der P.S.U.C. der Unifizierten sozialistischen Partei Kataloniens aufgegangen. Auch deren Mitgliederzahl ist seit dem Juli um das Dreifache gestiegen: von 10.000 auf 30.000. Bei den Anarchisten dürfte das proportionale Verhältnis zwischen der Stärke der Gewerkschaft und der Schwäche des politischen Organs noch krasser sein. Vielleicht erklärt es die relative Geringschätzung der Funktion einer politischen Partei. Genoffe Sésé teilt sie keineswegs. In der Partei sieht er das Gesamtorgan,

in der Gewerkschaft das Instrument zur Verwirklichung eines Teilschnittes des Lebens.

Die CNT ist heute sowohl in der Regierung der katalanischen Region als auch in der des republikanischen Spanien. Damit ist die Volksfront, der bis zum 19. Juli die Anarchisten noch nicht angehört haben, ungeheuer gestärkt. Genoffe Sésé stellt es mit Befriedigung fest.

Bündnis mit Bauern und Mittelschichten

Das liberale Bürgertum und die Kleinbauern arbeiten aufs engste mit der CNT und der UGT zusammen. Diese Union hat ihnen reiche Früchte gebracht. „Nehmen wir etwa die „Auerenschaft“, erklärt der Generalsekretär der UGT, „bis zum 19. Juli war sie hier in Katalonien dem Landbesitzer, dessen Boden sie oft seit Generationen bebaut, nachhörig. Die Renten, die sie bezahlten mußte, haben oft die Hälfte des Ernteertrages aufgefressen. Die Julirevolution hat den Bauern die Befreiung von dieser Festschuldigkeit gebracht. Oder die Klein-gewerbetreibenden Kataloniens. Sie haben sich zu einer Föderation aufgeschlossen, die in Erkenntnis der Zeit den Anschluß an die UGT suchte. Wir haben den Verband als moralischen Allierten angegeschlossen, wenn ich so sagen darf. Aber die Katholiken des Baskenlandes: Sie stehen fest an unserer Seite, da ihnen die Revolution die Befreiung von der Vormundhaft eines fernen Zentralstaates gebracht hat. Wohin man blickt, immer fester wird das Bündnis aller gegen den Faschismus.“

Und nun können wir an die Verantwortung der Frage gehen; Was wird nach dem Krieg? — Genoffe Sésé lehnt sich in seinen Stuhl zurück. „Es ist absolut sicher“, sagt er, „daß der Faschismus nicht siegen wird.“ „Wer aber wird siegen?“, und gedankenvoll noch einmal:

„Was wird nach dem Kriege kommen?“ Ohne Zweifel sei die Reaktion des Volkes auf den blutigen Ueberfall des Faschismus anfänglich weiter gegangen als es dem Bündnis aller Antifaschisten entsprechen hätte. In diesem Zusammenhang müßte auf das kürzlich erschienene Dekret über Kollektivierung hingewiesen werden, in dem etwa zugunsten der liberalen Bourgeoisie, die am Staatsreich des Faschismus nicht beteiligt war, die Entschädigungspflicht im Falle der Enteignung ihres Vermögens ausgedrückt wurde. Wie denn überhaupt das ganze Gesetz und die ganze Tendenz der Politik den Stempel trage, die selbständigen Schritte der Arbeiterchaft zu regulieren.

Was wird? — Konkret läßt es sich nicht sagen. „Aber ich will darüber sprechen, was wir, die freien Gewerkschaften, planen.“

Demokratie!

„Wir wollen ein demokratisches Regime. Man verheißt uns recht: Natürlich nicht eine solche parlamentarische Demokratie, die dem Faschismus aufs neue die Möglichkeit gäbe, sein Haupt zu erheben. In unserem demokratischen Spanien wird der Faschismus ausgespielt haben. Eine Bewegung, die den schrecklichen Bürgerkrieg entsetzt hat, die ganz Europa mit hineinjureihen versuchte, darf sich nicht weiter unter dem Deckmantel des Gesetzes breitmachen. Wir werden ihr jede ökonomische Basis nehmen.“

Das ist das Programm der UGT, es ist auch das Programm der Partei, P.S.U.C. ist. Niemand von uns verzichtet darauf, für sein Idealregime zu

Was wird nach dem Krieg?

Spezialinterview unseres Spanienkorrespondenten mit dem Führer der UGT

„Wir wollen erst vom Krieg selbst sprechen“, sagt Antonio Sésé, der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von Katalonien: „Ich bin durchaus optimistisch.“

Kurze Pause. Die Gedanken des Sprechers wandern zurück.

„Nach dem 19. Juli“, sagte er, „waren wir gewiß in einer sehr bedrängten Situation. Das ganze wohlwollendgestimmte spanische Heer stand gegen uns, und seine Kraft wuchs ständig durch die nicht abbrechenden Hilfsleistungen aus dem Ausland.“

Waffen und Heer

In Barcelona mußte man dieser Lage vor den Wälderläden Schlange stehen, es gab kein Brot. Genoffe Sésé erinnert an die ersten „Kriegsflüchtlinge“ am 19. Juli, da die Arbeiter hinter ihren Wameraden in der Feuerlinie in Langer Reihe warteten, nach vorne zu springen, wenn einer fallen sollte, um mit dessen Waffe weiterzukämpfen: „Wir hatten praktisch so gut wie keine Waffen“, erklärt er. „Heute, nach sechs Monaten, ist die Umstellung der Industrie auf den Kriegsbedarf soweit vorgeschritten, daß die katalanische Region es auf sich nehmen kann, das ganze Leichtmaterial des Krieges, einschließlich Maschinengewehre, dem Heer der Republik zu schaffen. In der Beziehung ist von Katalonien aus die fremdländische Hilfe an die Faschisten mattgehebt.“

„Was ihre politische Seite anlangt“, erklärt Genoffe Sésé weiter, „so ist festzustellen, daß sich die Auslandshilfe in dieser Hinsicht nur günstig für uns ausgewirkt hat. Es gab weite neutrale

Schichten, die so erst vom Sturm patriotischen Abwehrwillens mitgerissen wurden: Sie erkannten, daß hier mehr als ein Kampf gegen den spanischen Faschismus vorgeht. Es ist ein Krieg um die nationale Unabhängigkeit Spaniens geworden, ein Krieg gegen jene, die aus unserem Land ein zweites Aßesien machen wollen.“

Den Generalsekretär der freien Gewerkschaften beschäftigt nicht nur die Erzeugung des Kriegsmaterials, sondern auch das Kriegsinstrument selbst, das Bolschewez: „Den moralischen Kraftstrom, der alle Bevölkerungsschichten durchflutet, galt es, ins Bett der Organisation zu leiten. Wir mußten dem faschistischen Heer unser Volkser entgegenwerfen.“

Es gab Schwierigkeiten auf diesem Wege, speziell in Katalonien. „Die anarchistische Tradition“, erläuterte Genoffe Sésé, „ist hier außerordentlich stark, und ihr Grundbegriff, die freiwillige Disziplin, stand der einer regulären Armee nötigen eisernen Disziplin entgegen. Wiederum waren es die Taktischen, die weiterhelfen. Sie haben die unumgängliche Notwendigkeit der neuen Organisation jedermann offenbar gemacht. Nicht allein die leitenden Organe und die Presse der Anarchisten begriffen das; das ganze Volk ist davon durchdrungen. Das neue reguläre Heer konnte formiert werden — diese Arbeit ist so gut wie vollendet.“

Mützen und Häh sind die Wände des schmudlosen Raumes, der dem Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes als Arbeitszimmer dient. Gegenüber dem Schreibtisch hängt eine riesige:

Ich verstehe genau so viel vom Geschäft wie sie. Sag sie doch endlich fort.“

Finsterbuch hütete sich, vor seiner Frau das alte Thema nochmals anzuschneiden; ging Leonore, war er Obette ausgeliefert, sie würde ihn soweit bringen, daß er sie heiratete, dann gehörte das Café ihr, dann tanzte sie ihm auf der Nase herum, dann würde er sie nie wieder los. Nun brauchte er seine Frau notwendiger als jemals; nicht wegen des Betriebs allein, sondern um sich Obette vom Hals zu halten. Den Mut aber, ihr seine Meinung zu sagen, brachte er nicht auf. Die Auseinandersetzungen mit Obette endeten immer damit, daß er ihr Recht gab und sie um Entschuldigung bat; gewiß, seine Frau sei ewig unzufrieden, ihre Nerven seien angegriffen, sie brach Streit vom Baum, sie verfolge Obette mit blindem Haß — da müßte eben Obette klüger sein und zum Schein nachgeben; in der Sache selbst könnte sie machen, was sie wollte. Obette beehrte auf, er sei ein Hasenfuß, ein Pantoffelheld, an seiner Stelle hätte sie der Frau längst befohlen, den Koffer zu packen und zu verschwinden; wo doch das ganze Café wußte, daß das Kind, das sie erwartete, nicht von ihm sei. Finstербuch erlebte, er zerrte Obette am Arm an das Fenster, er packte sie mit beiden Händen, er sah ihr in die Augen:

„Wer hat das gesagt? Wer hat das erzählt? Ich dreh dem Kerl den Kragen um...“

„Alle wissen es. Einer erzählt es dem anderen. Da mußt du schon alle umbringen, du Held.“

„Ich laß mich von dir nicht verhöhnen, du lägst, du lägst, ihr lägt alle.“

„Der einsige, der hier lägt, bist du“, schrie Obette. Sie sagte seinen Namen, riß die Kriegstasche hervor, hielt sie vor seine Augen. „Und das da — ist das vielleicht nicht gelogen? Du bist im Schützengraben gewesen? Du hast gekämpft? Gedrückt hast du dich, in der Stappe bist du gelegen und hast gelassen. Jetzt spielst du den Helden —“

Finsterbuch verlor den Kopf. Das Zimmer tanzte vor seinen Blicken, die Figuren auf den Tapeten wurden lebendig und zogen Grimassen, die Sessel, auf die er sich setzen wollte, wichen unter ihm, der Tisch bog sich vor Gelächter, als er sich aufstehen wollte, die Decke fiel nieder mit tosendem Lachen und begrub ihn: Er sah mit kampfigem Griff in Obettes Haar, er riß ihren Kopf hoch, ganz nahe an sich, sie freistrifte auf.

„Wer hat das behauptet? Kenn mir den Namen. Ich werde den Schuft zur Verantwortung ziehen. Vier Jahre war ich im Feld, und das ist der Dank. Wer war es?“

„Der Rumpeler. Ich hab ihn gestern getroffen. Ich hab ihm alles erzählt über dich. Er hat sich den Bauch gehalten vor Lachen.“

Nun schwieg Finstербuch. Er ließ Obettes los, sie lief zum Spiegel, sie strarrte ihr Bild an, sie kamte nach einem Kamm.

Rumpeler war der Kommandant seiner Kompanie. Rumpeler hatte er mit Schnaps und Zigaretten bestochen, daß er immer ihn schickte, wenn eine Nachricht an den Stab zu überbringen war. Rumpeler hatte ihm einen Zitt gegeben als er ging, und ihm nachgerufen: Weibchen Sie gleich hinten, aus Ihnen wird nie ein Soldat. Rumpeler hatte ihn ausgelacht, als er ihn eines Tages bat, ihn doch für die Tapferkeitsmedaille einzugeben; man kam nicht gern mit nackter Brust nach Hause, wenn die Kameraden auf ihre Auszeichnungen wiesen. Sie, ausgeredet Sie, wollen die Tapferkeitsmedaille? Wenn wir eine Auszeichnung für erfolgreiche Drückerarbeiten hätten, dann würden Sie der erste, der sie bekäme. Und gerade Rumpeler mußte der Obette über den Weg laufen. Nun war er ihr ausgeliefert. Nun belam sie ihren Hals.

„Kommen her, Obette“, rief er.

„Was willst du von mir?“

„Kommen her.“

„Wenn du dich nochmals so benimmst wie vorher —“

(Fortsetzung folgt)

Das Kaffeehaus in der Seitengasse
Roman von Fritz Rosenfeld

„Sie denkt so.“

„Nein, Willy. Ich kenne andere Menschen Ihres Alters mit anderen Ansichten und anderen Idealen.“

„Stubenhocker vielleicht. Wüchertwürmer ohne Mark in den Knochen.“

„Sie irren, Willy. Sehr gesunde, Lebendige, lebenswillige Menschen, denen die Bücher nur ein Werkzeug bedeuten, das ihnen helfen soll, eine neue Welt aufzubauen. Menschen mit Idealen, mit wirklichen Idealen, Willy, nicht mit Phrasen, die niemand beweisen und niemand fassen kann. Menschen mit einem Traum im Herzen — dem Traum der Gleichheit und Gerechtigkeit, dem Traum der Freiheit und des Friedens.“

„Für die Weilsarmee habe ich nie etwas übrig gehabt“, sagte Willy. Stüblein schwieg. Dann sagte er:

„Nicht einmal dies ist neu an euch. Euresgleichen wollten immer das Große verkleinern, um es leichter zertreten zu können. Aber das Große läßt sich nicht zertreten, es überlebt euch, weil es der wahre Sinn des Lebens ist.“

Stüblein erhob sich. „Sie können immer zu mir kommen, wenn Sie sich mit mir aussprechen wollen, Willy, trotz alledem. Und noch eins: Sie stehen heute nicht allein in der Welt. Denken Sie an das Mädel. Denken Sie an Carola. Das Mädel leidet darunter, daß Sie mit Drexler und seinesgleichen verkehren. Sie werden sich zu entscheiden haben. Ich hoffe, daß Sie sich doch noch bemühnig entscheiden.“

Willy ging zum Klavier, Finstербuch hatte ihm bereits zweimal im Vorübergehen auf die Schulter gekippt. Das Bad wollte tanzen. Das Bad, das keine Wohnung hatte von Chloroformstoff, dem Salz nur war, was auf dem Tisch stand und Säure, was manchmal im Magen brannte, wollte sich amüsieren. Spiel auf Willy, dafür wirst du von Finstербuch bezahlt!

„Sie müssen stärker sein als ich“, sagte Stüblein zu Carola. „Es sieht schon in seinem Blut. Alle seine Gedanken sind damit infiziert. Treiben Sie es bald aus, sonst ist es zu spät.“

II.

Die Lampe auf dem Schreibtisch brannte, obgleich es erst zwei Uhr nachmittag war; im Hof fiel der Schnee, seit Stunden, in dichten, weichen Kloden. Frau Finstербuch sah in das weiße Klümmern hinaus, dessen ereignislose Gleichmäßigkeit die Gedanken trägt werden ließ. Sie hörte von nebenan Obettes Stimme. Obette stritt mit Finstербuch, sie stritten in den letzten Wochen oftmals. Das Geld, das Finstербuch ihr gab, genügte nicht mehr; sie wollte die Macht, die sie über ihn hatte, dazu benutzen, auch das Café in ihre Hand zu bekommen. Sie spielte sich als Herrin auf. Sie widerriet Befehle, die Frau Finstербuch erteilt hatte; sie gab Anordnungen, die den Grundrissen, nach denen das Café bisher geführt worden war, zuwiderliefen. Die Arbeit wälzte sie auf Marion und Alfred ab; nur in den Weinloken, deren Gäste gute Trinkgelber gaben, zeigte sie sich manchmal.

Stellte Frau Finstербuch ihren Mann zur Rede, verpöchte er ihr, alles zu ihrer Aufriedenheit zu ordnen. Er nahm Obette zur Seite, erzählte ihr, seine Frau habe Plage geführt, Obette sollte vorsichtiger sein. Schließlich sei er noch mit der Frau verheiratet, sie müßten auf sie Rücksicht nehmen.

„Warum läßt du dich nicht von ihr scheiden?“ zeterzte Obette. „Sie löstet dich nur Geld.“

Kämpfen. Wir verzichten nicht auf den Sozialismus. Aber in der gegenwärtigen Etappe sehen wir nicht mehr als einen Teil des großen Kampfes, der ganz Europa durchzieht. Erstes Angriffsziel des Faschismus ist die Demokratie. Undem wir sie hier festigen, verschaffen der gesamten europäischen Demokratie einen neuen gewaltigen Kraftzuwachs und an ihm wird sich der deutsche und italienische Faschismus brechen.“

Schon ist die Stellung der CNT hinsichtlich der Union mit den demokratischen Schichten des kleinen Bürgertums klar: Auch sie tritt für die Respektierung ihrer Rechte ein. Und diese demo-

kratische Union ist, wie Genosse Séfé betont, das einzige Programm, das sich in Spanien durchführen läßt: „Nur mit diesem Programm kann man den Krieg gewinnen.“

„Würde man ihn anders führen, wir ständen allein. Wir, die Arbeiter, im Lande ständen allein ohne die große Masse der demokratischen kleinen Bürger, und wir ständen allein in unserem Kampf in Spanien ohne die tatkräftige Hilfe der Demokratie der Welt. Es gibt nur einen möglichen Ausgang in diesem Krieg, und das ist der: **S i n n u r D e m o k r a t i e !**“

Ein übler Kriminalroman

Die Prozeßkomödie der GPU

Moskau. (Zaf.) Das Gericht vernahm Dienstag einen der Leiter der sibirischen trochistischen Organisation, Boguslawski, der im Auftrage Pjatalows Schablingsstätigkeit im Eisenbahnverkehr Sibiriens betrieb. Boguslawski gestand ein, daß zwei Anschläge auf Molotow vorbereitet wurden und daß terroristische Akte auch gegen Kaganowitsch und andere Würdenträger vorbereitet wurden.

Der Staatsanwalt warf die Frage auf, wodurch hervorgerufen wurde, daß Boguslawski acht Tage nach seiner Verhaftung seine Verbrechen gestand und ob das Geständnis nicht durch irgendwelche spezifische Bedingungen seiner Haft oder durch Druckmaßnahmen sowie durch irgendwelche Versprechungen betreffs Erleichterung seines Schicksals nach seinem Geständnis hervorgerufen wurden. Boguslawski verneinte kategorisch alle diese Fragen und ersuchte das Gericht, ihm zu gestatten, die Beweggründe seines offenen Geständnisses zu erklären. Boguslawski sagt aus, daß in den letzten drei Jahren die verbrecherische Tätigkeit der Trochisten und die Kämpfe innerhalb der trochistischen Organisation ihn oft bedrückte. In den ersten acht Tagen seiner Haft durchdachte er endgültig seine Taten und hält es nunmehr für notwendig, in der Gerichtsverhandlung alle seine konterrevolutionäre verbrecherische Tätigkeit einzugestehen, auch das ihm über die Tätigkeit der gesamten trochistischen Organisation bekannte reiflos aufzudecken.

Ferner wurde der Angeklagte Drobniß einvernommen, der seit dem Jahre 1934 über Beschluß der trochistischen Organisation Sabotagearbeiten im Ausnahmeweiden vollführt hatte. Auch dieser Angeklagte hatte Instruktionen von Pjatalow erhalten und benützte zu deren Durchführung verschiedene Ingenieure von gegenrevolutionärer Bestimmung.

Auf Befragen des Staatsanwalts gibt Drobniß an, daß er dem Angeklagten Schestow die Weisung gegeben habe, nicht sentimental zu sein und bei der Sabotage vor einer Lösung von Arbeitern nicht halt zu machen, weil dadurch auch die Autorität der Sowjetregierung untergraben würde.

Dann wurde MuraJow verhört, der vor allem erklärte, während seines Aufenthaltes in Nowosibirsk von Berlin einige Briefe von Sedow

erhalten zu haben, in welchen Trochki Weisungen zur Organisation terroristischer Akte gegen Stalin, Woroschilow, Staganowitsch und Kirow erteilte.

Auf die Frage des Staatsanwaltes, warum der Angriff auf Molotow nicht geblüht sei, sagte Muralow aus, daß diesen Schestow vorbereitet habe, der dazu den Chauffeur des Automobils Molotows ausersuchen hatte. Dem Chauffeur wurde die Weisung erteilt, an einer Straße, an der er vorbeifahren mußte, eine scharfe Wendung zu machen und das Automobil in die Schlucht hinabzuschleudern. Dieser Weisung sei der Chauffeur Arnold nicht nachgekommen, weil er um sein Leben fürchtete. Auf Ersuchen des Staatsanwaltes bestätigten die Angeklagten Schestow und Arnold die Aussage Muralows.

Schestow, der sodann weiter verhört wurde, sagte aus, daß er ein Anhänger Trochki seit dem Jahre 1923 sei. Im Jahre 1931 habe er in Berlin mit einer ganzen Delegation Bestellungen für die sowjetrussische Regierung aufgegeben. Damals habe ihm Sedow vorgeschlagen, seine dienstlichen Verbindungen mit der Firma „Freiwillig Kluepfer und Dallmann“ zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Anhängern Trochki im Auslande und in der Sowjetunion auszunutzen. Schestow sei mit dem Direktor der Firma und seinem Gehilfen in Verbindung getreten. Er habe mit ihnen vereinbart, daß die Firma in das Ausnahmeweiden Agenten entsende, welche sich zur Entgegnung ihrer Befehle zwecks der unterminierenden Tätigkeit bei Sedow zu melden hätten, der ihnen auch Arbeit in den Gruppen verschaffen werde.

Schestow gesteht des weiteren Morde, Dynamitanschläge u. a. ein.

Geständnis und Wirklichkeit

D. S. L. „Donkblat“ schreibt: Im Moskauer Prozeß erklärte der Angeklagte Pjatalow, er sei im Dezember 1935 in einem Sonderflugzeug aus Berlin zu einer Beratung mit Trochki nach Moskau gekommen. Diese seine Erklärung ist wahr, da im Dezember 1935 in D. S. L. ein Flugzeug aus Berlin eingetroffen ist.

Osuský bei Blum

Paris. Gesandter Dr. Osuský hatte Dienstag mit Ministerpräsidenten Blum eine Unterredung über den Fortgang der französisch-tschechoslowakischen Handels- und Finanzverhandlungen.

Tußerdem sind am Dienstag die französische und die tschechoslowakische Handelsdelegation zu einer Plenarsitzung zusammengesessen und haben die Beratung sowohl der grundlegenden wie der Detailfragen in breiterem Rahmen aufgenommen.

Völkerbundkommission für Rohstoffe

Genf. Der Völkerbundrat hielt Dienstag nachmittags drei Sitzungen ab. In nichtöffentlicher Sitzung setzte der Rat den 6. Mai für die Sitzung des Präsidiums der Arbeitskonferenz fest. Man rechnet auch damit, daß die Rat-Session heuer später stattfinden und wahrscheinlich erst am 24. Mai eröffnet werden wird.

Zum Schluß genehmigte der Rat auch noch einen kurzen Bericht über die Frage der besseren Aufstellung der Rohstoffe, wobei Minister Eden sich für die Beschleunigung der Einberufung der Sonderkommission für Rohstoffe aussprach.

In der Sandschfrage wurde erst spät abends über die prinzipiellen Punkte des französisch-türkischen Übereinkommens Beschluß gefaßt. Die hauptsächlichste Streitfrage war die offizielle Sprache im Sandtschaf, da die Türkei nicht zulassen wollte, daß außer der amtlichen türkischen Sprache noch als zweite offizielle das Arabische gelte. Erst nach Intervention des Außenministers Eden wurde ein Einvernehmen erzielt.

Lebensmittelkarten in Madrid

Der Zivilgouverneur von Madrid erließ eine Verordnung, derzufolge ab 1. Februar nur diejenigen Personen das Recht haben werden, Nahrungsmittel anzulaufen, welche mit einer besonderen neuen Anweisung auf Nahrungsmittel versehen sein werden, welche von der sogenannten Madrider Kommission für Volksernährung ausgeben sein wird.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Hitler erschlägt den Grenzverkehr Eine christlichsoziale Stimme

Im christlichsozialen „Landbote“ lesen wir unter dem Titel „3-Marksperrle und Desinfektion des letzten Grenzverkehrs.“ Ab 15. Jänner die Grenze tot“ folgende Betrachtung über die letzte Liebesstat, welche das Dritte Reich für die Sudetendeutschen gesetzt hat:

„Trotz aller Mahnungen und Vorbehalte kam nun doch mit 15. Jänner die neue Dreimarksperrle für die Reichsdeutschen, die praktisch den Tod des Grenzverkehrs bedeutet. Schon die Fehmarsperrle hat sich für die gesamte sudetendeutsche Wirtschaft furchtbar ausgewirkt. Die trostlose Bilanz der nordböhmischen Sommerfrischen, Badeorte, Winterportale und Grenzgemeinden gibt ein trauriges Bild über das Absterben des einst so maßgeblichen Verkehrs von Sachsen nach Nordböhmen. Dazu aber kommt nun noch eine weit fühlbare Kessel, der Jwang zum Desinfizieren für die Grenzbesucher bzw. Grenzansiedler, in denen die reichsdeutschen Zollämter die Gelder einzutragen müssen. Ist diese Eintragung schon an und für sich für jeden Reichsdeutschen eine genaue Kontrolle der Zahl seiner Grenzüberschritte, muß ihm also peinlich sein, so bedeutet sie praktisch eine zwar nicht gesehlich laut ausgesprochene, dagegen aber tatsächliche Unterbindung des Verkehrs, denn ehe sich jeder Grenzbesucher wegen seines Ausfluges dieser hochnotpeinlichen Prozedur unterzieht, wird er mit 99 Prozent Sicherheit auf den Grenzübertritt verzichten.“

Während also von tschechoslowakischer Seite aus keine Hindernisse gemacht werden, ist der Grenzverkehr ab 15. Jänner durch die neue reichsdeutsche Verordnung buchstäblich abgewürgt. Dabei trifft die ganze Härte der Auswirkung lediglich die ohnehin so schwer leidende sudetendeutsche Bevölkerung, die die reichsdeutschen Volkshäuser zu Tausenden füllt, die Grenzlandtheater besucht und bei jeder Gelegenheit noch immer nach Deutschland strebt.“

Josef Barnert gestorben

In Dallwitz bei Karlsbad, wo er sich als Pensionist niedergelassen hat, ist Dienstag Genosse Josef Barnert, der langjährige Kassier und Redakteur des Verbandes der Porzellanarbeiter, verstorben. Vor 63 Jahren in Schöfien als Kind armer Leute geboren, wählte er den Beruf eines Dekorationsmalers. Als er nach der Ausleihe nach Wien kam, schloß er sich sofort dem Verband der Porzellanarbeiter an. Bald stand er in der Wiener Ortsgruppe des Verbandes in der vordersten Reihe, und Ende 1912 wurde er in die Verbandzentrale nach Pilsener berufen, wo ihm das Amt eines Generalkassiers anvertraut wurde. Während des Krieges stand er an der serbischen Front. Nach dem Umsturz trat Barnert wieder an seinen Arbeitsplatz im Verbandsssekretariat und übernahm 1921 die Redaktion des „Keramarbeiter“. Nach der Verschmelzung seines Verbandes mit dem der Glasarbeiter überlebte Barnert im Juli 1930 nach Teplih, wo er Leiter der Arbeitslosenabteilung des Verbandes bis zu seiner Pensionierung Ende 1934 war.

So wie in seiner Verwerksung, war Barnert auch in der Partei ein Vertrauensmann im wahren Sinne des Wortes. Wenn ihm eine Funktion übertragen wurde, konnte man sicher sein, sie in guten Händen zu wissen. So war er durch viele Jahre bis zu seiner Ueberfiedlung nach Teplih Hauptkassier der Lokalorganisation in Pilsener und am dem Ausschüß der Partei in dieser Stadt hatte er keinen geringen Anteil, obwohl er es immer vermied, von sich reden zu machen.

Nečas und Taub zur Trautenuer Kreiskonferenz

Am 20. und 21. Februar findet in Jochanischab die ordentliche Kreiskonferenz der Kreisorganisation Trautenuer unserer Partei statt. Als Referenten werden angekündigt: Minister Ing. Nečas („Der soziale Aufbau der Republik“) und Vizepräsident Taub („Die politische Lage in der Tschechoslowakei“).

Achtung, Ferienaktion!

Die Semesterferien in den Schulen werden vom 1. bis 8. Februar dauern. Wir fordern alle Ausberrereine auf, mit ihren Kinderabteilungen Winterportausflüge während der Semesterferien zu unternehmen; Ein- oder Zweitagsausflüge, je nach der Situation und den vorhandenen Mitteln, unter Führung von Genossen oder Genossinnen, die frei sind.

Wo größere Aktionen unmöglich sind, organisiert Kodelausflüge, leiht Kodel aus, damit auch die Kinder, die keine haben, mitmachen können.

Organisiert an den Sonntagen Kinderstürfe, stellt das Einvernehmen über diese Aktion in den Kinderkreisen, der S. J. und der Arbeiterfürsorge her. Die Schneeverhältnisse sind

Brief an den Zeitspiegel

„Am Sonntag mittags sprach im tschechoslowakischen Rundfunk der Ministerpräsident Dr. Hodža, dessen Rede dann auch in deutscher Sprache übertragen wurde. Es war schon recht unerquicklich, daß zwischen der deutschen und tschechischen Uebertragung eine Pause eingeschoben wurde, die man mit Musik und nichtssagenden Mitteilungen ausfüllte. Völlig unverständlich aber blieb es, daß die deutsche Uebertragung tschechisch angekündigt wurde und daß es der Ansager, offenbar einer dummen Vorschrift entsprechend, nicht zweckmäßig fand, sie auch deutsch anzusagen. Mit solchen sinnlosen „Prinzipien“ erweist man der sehr notwendigen Abwehr der Goebbelssetze keinen guten Dienst und schließlich müßten sich die maßgebenden Herren doch allmählich klar darüber geworden sein, daß deutsche Ansagen und deutsche Uebertragungen im tschechoslowakischen Rundfunk für den Staat mindestens eben so notwendig sind, wie für die deutschen Hörer. So haben am Sonntag viele Deutsche eine Rede gehört, von der sie, wenn sie nicht tschechisch können und es nicht aus der Presse erfahren hätten, niemand wüßte, wer sie hielt. Und wenn schon politische Klugheit hierfür nicht bestimmt sein darf, dann könnte man schon aus Takt und Höflichkeit den deutschen Staatsbürgern sagen, daß der Regierungschef des eigenen Landes zu ihnen spricht.“

E. A., Bodenbach.

sehr günstig. Verweist, daß Ihr in wenig Tagen etwas organisieren könnt, wie das bei Wintersport notwendig ist.

Die Ausberrereitung!

Im Strohschober aufgefunden...

Ein Paar, die B. Hochhäuser und ein gewisser Rehwald aus Haan, hatten sich zwischen Haan und Offel seit 28. August 1936 in einem Strohschober etabliert, ohne daß die Bevölkerung etwas davon wußte. Rehwald nahm der Frau die Kleider ab, wenn er den Strohschober verließ, damit die Frau ihm nicht davonlaufen könne. Vor einigen Tagen ging ein Mann in der Nähe des Strohschobers vorbei und hörte eine Stimme. Als er den Schober näher untersuchte, stellte sich die Frau. Sie wurde ins Krankenhaus nach Dug eingeliefert.

Bei Driefen hielt sich in einem Strohschober seit Wochen der Arbeiter Jaroslav Hajz auf; durch Mutspuren, die zum Schober führten, wurde man auf den Mann aufmerksam. Als er entdeckt wurde, hat er die Leute, man möge ihn nur noch einige Tage im Strohschober lassen. Hajz wurde in einem furchtbaren Zustand aufgefunden: keine ganzen Schuhe an den Füßen, keine warmen Kleider, im Gesicht verwachsen, die Füße erfroren, die große Fußgähe direkt abgefallen und alle anderen Behen stark vereitert, so daß wahrscheinlich eine Operation erforderlich sein wird. Der Mann liegt nun im Krankenhaus in Dug. Er wollte im Strohschober sterben...

In Spanien gefallen. Vor einigen Wochen begab sich der Arbeiter Rudolf Hablae aus D. Kammich nach Spanien und hat dort auf Seiten der Internationalen Brigade an den Kämpfen teilgenommen. Dieser Tage langte in D. Kammich die Meldung ein, daß Hablae bei den Kämpfen um Madrid gefallen ist.

Schneestürme im Erzgebirge. Seit Tagen herrscht im oberen Erzgebirge ein fürchterliches Schneetreiben, das den Verkehr stellenweise unterbunden hat. Meterhohe Schneewehen verhindern die Passage von Autos und Fuhrwerken. Dazu ist es bitterkalt und eijige Stürme treiben die Menschen von der Straße in ihre Häuser. Kenner der Verhältnisse erklären übereinstimmend, daß sie seit vielen Jahren einen solchen Winter nicht mitgemacht hätten. Die Erzgebirgler wären heilfroh, wenn dieses Wetter, über das sich die Wintersportler freuen, bald zu Ende ginge.

Der Präsident der Republik empfing am Dienstag den Minister des Innern Dr. Josef Cernh, ferner eine Deputation der tschechoslowakischen regionalistischen Zentrale.

Vereidigung der Beamten auf Hitler

Verfassungsgelöbnis aufgehoben

Berlin. (N.W.) Die Reichsregierung verabschiedete in ihrer am Dienstag stattgefundenen Sitzung zunächst das deutsche Beamtengesetz und im Zusammenhang damit die Reichsdienststrafordnung. Im Gegensatz zu der in der Weimarer Verfassung festgelegten Verpflichtung auf die Verfassung tritt im neuen Beamtengesetz ein Treueverhältnis zum Führer. Die NSDAP wird in das Gesetz eingebaut.

Ugaki gescheitert?

Tokio. Wittermeldungen zufolge gaben Prinz Kanin, der gewesene Kriegsminister Terachi und der Inspektor für Militär-Er-



General Ugaki

ziehung Sugijama gemeinsame Erklärungen ab, in denen es heißt, die Armee werde, falls General Ugaki mit der Kabinettsbildung betraut bleibe, den Kriegsminister nicht vorschlagen. Terachi selbst machte außerdem persönlich Ugaki darauf aufmerksam, daß er in den Militärkreisen keine Mitarbeiter finden werde. Infolgedessen erklärte General Ugaki, daß er die Verhandlungen mit der Armee abbrechen werde. Nach späteren, noch nicht bestätigten Meldungen soll Ugaki seine Mission bereits zurückgelegt haben.

Portugal dementiert

Prag. Die hiesige portugiesische Gesandtschaft ist ermächtigt, kategorisch alle Gerüchte über Verkauf, Abtretung oder Verpachtung portugiesischer Kolonien an irgendeinen fremden Staat zu dementieren.

Es handelt sich um die auch von uns wiedergegebenen Meldungen aus englischer Quelle, daß Portugal beabsichtige, Deutschland die afrikanische Kolonie West-Angola auf 100 Jahre zu verpachten.

Die Sintflut am Ohio

700.000 Menschen obdachlos / Epidemie, Hunger, Panik Der Regen läßt endlich nach

Cincinnati. Die Zahl der Toten im überfluteten Ohio hat sich bis zum Dienstagmorgen auf etwa 150 erhöht. Die Zahl der durch die Ueberschwemmung obdachlos gewordenen Personen ist auf 700.000 gestiegen. Die Behörden ordneten die sofortige Räumung der Stadt Paducah in Kentucky an, die 34.000 Einwohner zählt, ferner der Stadt Cairo (Illinois) mit rund 13.000 Einwohnern sowie verschiedener anderer Ortschaften.

New York. Die Flüsse Mississippi, Ohio und ihre Zuflüsse sind ständig in bedrohlichem Ansteigen begriffen. Das 1000 Kilometer große Gelände von Pittsburg in Pennsylvania bis nach Cairo in Illinois bildet eine einzige Wasserfläche. Der Sanitätsdienst kämpft gegen Epidemien, wie Scharlach, Grippe und Lungenerkrankung, die sich im Staate Indiana verbreiteten, an. In vielen Städten ist die Elektrizität unterbrochen. Der Sanitätsdienst kämpft gegen Epidemien, wie Scharlach, Grippe und Lungenerkrankung, die sich im Staate Indiana verbreiteten, an. In vielen Städten ist die Elektrizität unterbrochen. Der Sanitätsdienst kämpft gegen Epidemien, wie Scharlach, Grippe und Lungenerkrankung, die sich im Staate Indiana verbreiteten, an. In vielen Städten ist die Elektrizität unterbrochen.

fammen und erlitten schwere Beschädigungen. Auch in der Nacht von Smyrna geriet im Schneesturm ein großer amerikanischer Frachtdampfer auf Grund und muß abgeschleppt werden.

Tornado in Sydney

London. In Sydney (Australien) wurden von einem Wirbelsturm, dem ein verheerender Hagelsturm folgte, mehrere Häuser, Geschäfte und Fabriken zerstört. Auf einer Strecke von fünf Kilometern wurden zahllose Bäume und Telegraphenmasten umgerissen. Vier Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Hundert Kühe, die sich in einer Fährde befanden, wurden durch herabfallende Hochspannungsdrähte auf der Stelle getötet.

Kontingente. Etwa 1100 reguläre Truppen haben alle wichtigen Stellen der Stadt besetzt. Der Gouverneur des Staates Kentucky hat mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse den Belagerungszustand verkündet, obwohl ihm nach der Verfassung nicht das Recht hierzu zusteht.

Tagesneuigkeiten

Der letzte Trotzklistenprozeß

Ort: Moskau.
Zeit: etwa 1939.
Alles andere wie sonst.
Der Staatsanwalt: Angeklagter Josef Stalin! Sie sind überführt worden, einen Mordanschlag gegen den Vater der Völker, die Sonne des Sozialismus, den einzigen Nachfolger Lenins, Josef Stalin, vorbereitet zu haben. Sind Sie geständig?

Der Angeklagte: Ich gestehe, mir in mörderischer Absicht ein Schiffsgechütz, 38 Zentimeter Kaliber, aus dem Arsenal von Kronstadt angeeignet, es in meinem Schlafzimmer auf dem Nachtkästchen aufgestellt und versucht zu haben, es gegen mich abzufeuern, um mich — ich will sagen, um Josef Stalin, den Führer der Völker — zu töten.

Staatsanwalt: Warum wollten Sie das tun?

Der Angeklagte: Ich war Mitglied des appendizitisch-paralytisch-konfessionären oktagonalen ekliptisch-peripetalen Zentrifugiums.

Staatsanwalt: Lügen Sie nicht! Es handelt sich um ein zweifelsfrei astigmatischer-fataarrhithalisch-psychoanales parabolischer-erogen-schizophrenes Zentripetal-Zentrum!

Der Angeklagte: Ich gestehe, daß es sich also ...

Staatsanwalt: Was waren die Ziele dieser Organisation?

Der Angeklagte: Wir wollten die Sowjetunion, ein Sechstel der Erdoberfläche, völlig zerstücken, in die Luft sprengen, mit Benzin begießen und anzünden, hierauf im Meere versenken und das so entstandene Loch den falsch-fürstlichen Mäkten abtreten, nachdem wir in ihm die Jarenherrschafft wiederaufgerichtet hätten.

Staatsanwalt: Wer hat Sie angestiftet?

Der Angeklagte: Ich war im Jahre 1937 bei Trozki in Mexiko; zur Reise benötigte ich einen Fischerfahn, in dem ich vor Herrn Göring über den Ozean gerudert wurde. Trozki beauftragte mich, Stalin zu ermorden. Sedow schrieb mir, ich möchte das Schiffsgeschütz dazu benötigen, und stellte mir einige Kardinalre, sowie einen preussischen Generalfeldmarschall als Gehilfen zur Verfügung.

Staatsanwalt: Vereuen Sie?

Der Angeklagte: Ich bin der elendeste Wurm, der jemals versucht hat, die Sonne zu fressen, ich bin ein Trozki, ein Ultratrozki, ein Ducharinist, ein Stalinist —

Staatsanwalt: Das geht zu weit! An die Wand mit dem Reptil!

Im Hof des Gefängnisses vor dem Exekutionspeloton.

Offizier: Haben Sie einen letzten Wunsch?

Delinquent Stalin: Ich möchte einen Stalinisten sehen, der an meinem Geständnis zweifelt.

Offizier: Dieser Wunsch ist unerfüllbar. Sie haben es alle geglaubt.

Totschläger. Montag abends kam es in einem Gasthaus in Muglinov bei Ostrau zu einem Streit zwischen dem 39-jährigen Kohlenhändler Leon Kijzkowitsch und dem Bergarbeiter Franz Naprawil. Der Streit entstand wegen der Bezahlung des Mietgeldes für ein Lastautomobil. Kijzkowitsch stürzte sich mit einem Dolche auf Naprawil,

der aber auswich und eine geringfügige Schnittwunde erlitt. Hierauf stürzte sich Kijzkowitsch auf den 22-jährigen Landwirt Josef Dula, der vorher mit Naprawil an einem Tisch gesessen war. Er brachte Dula einen Stich in die Brust bei, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Kijzkowitsch wurde verhaftet. Die Leiche Dulas wurde in die Totenkammer gebracht, wo sie obduziert werden wird.

Was mag Goebbels aufammenhängen ... In eine Mädchenschule in Teichheim geht ein Mädchen, das mit seinen Eltern vor nicht langer Zeit aus Deutschland in die Tschechoslowakische Republik übersiedelt ist. Vor einigen Tagen erhielt dieses elfjährige Kind von einer ihrer ehemaligen Schulfreundinnen in Deutschland einen Brief, in welchem das reichsdeutsche Mädel die Frage stellt ob das nach Teichheim übersiedelte Mädel in der Tschechoslowakischen Republik — deutsch sprechen dürfe. Was mag da an den reichsdeutschen Schulen im Auftrage des sittlichen Krüppels Goebbels alles an Lügen verzapft werden!

120.000 Grippefälle in Warschau. Die Grippe-Epidemie nimmt in Polen und insbesondere in Warschau gefährlichen Umfang an. Seit einigen Tagen werden in den Krankenhäusern allein bis 16.000 Erkrankungsfälle an Grippe für den Tag gemeldet. Diese Statistik umfaßt jedoch keineswegs die erkrankten Personen, die sich in häuslicher Pflege befinden. Die Zahl der Grippekranken in Warschau wird mit annähernd 120.000 angegeben. Bisher mußten infolge der Rationierung auch unter der Schuljugend mehrere Gymnasien und Volksschulen gesperrt werden. Gegen 30 Prozent der Beamtenschaft öffentlicher Ämter und privater Betriebe sind an Grippe erkrankt und manche Ämter, darunter auch einige Postfilialen, mußten infolgedessen geschlossen werden.

Theaterbrand. In der Nacht zum Dienstag brach im Theater der Stadt Cremona ein Brand aus, der das Gebäude vollständig vernichtete. Nur die Umfassungsmauern des Hauses blieben stehen. Der Schaden wird auf etwa drei Millionen Lire geschätzt. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.

Dänemark im Eis. Südoststrom und Eis behindern von neuem den Schiffsverkehr im Norden. In einer Reihe von Sundens und Fjorden staut sich das Badesis bis zu fünf Meter Höhe, so daß der Schiffsverkehr völlig lahmgelegt ist. Die Anker in Smaalands Meer sind völlig vom Verkehr abgeschnitten. In besonders schwieriger Lage sind die Bewohner der kleinen Insel Roemoe, die seit dem 9. Jänner ohne jede Verbindung mit dem Festland ist.

Bravo, Nigger! Bei einem Unglück, von dem in Miami ein Autobus durch den Sturz in einen tiefen Kanal betroffen wurde, wobei etwa 20 Personen ums Leben kamen, gelang es einem Neger, ein Fenster des tief unter dem Wasser liegenden Autobus einzuschlagen und zwölf Personen vor dem Ertrinkungstod zu retten.

Durch Solidarität gerettet. Drei Bergarbeiter, die 40 Stunden lang in der überschwemmten Grube in Wheal Reeth 300 Meter unter der Erde eingeschlossen waren, wurden Montag abends gerettet. Die Bergbauverwaltung hatte unausgesetzt bei der Schöpfstation gearbeitet, um das Niveau des Wassers zu senken, das Samstag früh die Grube überschwemmt hatte.

Leidensbederter verhaftet. Der „Paris Soir“ veröffentlicht eine Depesche aus Perpignan, der zufolge französische Zollbeamte mit Rücksicht auf die nach der letzten Verordnung ausgeübte verstärkte Kontrolle an der französisch-spanischen Grenze in dem aus Barcelona eintreffenden Schnellzug einen Spanier verhaftet haben, der in zwei unauffälligen Paketen 150 große Goldmünzen im Werte von 50.000 Peseten, ein Duzend Taschenuhren mit Brillanteinsatz, 20 Gold- und Platindrings, 72 goldene Halsbänder und zwei Perlen, viele Broschen und Halsbänder mit Edelsteinen, größtenteils Brillanten und

53 Tote bei einer Grubenkatastrophe

Santiago de Chile. Durch Unvorsichtigkeit ereignete sich in der Kupfergrube „Chuquicamata“ der Anaconda Copper-Gesellschaft am Montag morgens eine schwere Schwarzpulverexplosion, die 53 Todesopfer forderte. Verletzt wurden 68 Personen.

Emeralden, einige goldene Medaillons und viele Goldzähne mit sich führte. Die Polizei beschlagnahmte diese Wertgegenstände, welche auf über eine Million Francs geschätzt werden, und lieferte den Spanier ins Gefängnis ein, der erklärte, er sei beauftragt worden, diese Wertgegenstände in Frankreich zu verkaufen. Die französischen Behörden nehmen an, daß diese Schmuckstücke aus Diebstählen an Leichen erschossener oder hingerichteter Personen stammen.

Birmingham verforst die Polizei. Birmingham spielt eine besondere Rolle im internationalen Polizeiwesen. In der dortigen Polizeischule werden Polizisten aus vielen Ländern — von China bis Südamerika — ausgebildet. Die anständige Industrie liefert seit langem Handpfeifen und Trillerpfeifen an die Polizeibehörden vieler Länder. Die Mechanisierung der Polizei hat Birmingham in den letzten Jahren viele Aufträge gebracht; diesmal für Motorräder. Die holländisch-indische Polizei hat soeben 62 neue Motorräder mit Beiwagen bestellt. Diese Behörde allein besitzt bereits fast tausend solcher Motorräder aus Birmingham. Die Behörden in Südafrika, Neuseeland, Hongkong, Tasmanien, Kalkutta, Uganda und Ceylon haben ebenfalls kürzlich Motorräder bestellt, während die Polizei in Madras und Damaskus motorlose Fahrräder in Auftrag gegeben hat.

Wenn man im Gefängnis Frett ansetzt. Das Staatsgefängnis von Mitrowitz erfreut sich sonst einer erheblichen Stabilität. Aber 28 Leute einer Bande ließen nach ihrer Einlieferung zur Verbüßung ihrer langen Gefängnisstrafen keinen Augenblick ungenützt verstreichen, sie begannen sofort mit dem Graben eines Tunnels, dessen Eingang tagsüber sorgsam bedeckt wurde. Jetzt — nach einem Jahr — war man so weit: die Flucht sollte in Szene gesetzt werden! Als Erster wurde Juan Krale in den Tunnel hineingeschickt. Er war der „geistige Vater“ des Ausbruchsplanes. Er hatte die Grabungsarbeiten geleitet. Doch wie das Unglück es will, hatte er in den letzten Wochen plötzlich starke Reigung zur Fettsucht entwickelt. Er kroch in den Tunnel hinein, konnte aber an der anderen Seite nicht heraus, weil er eben zu dick geworden war. Inzwischen aber waren die anderen 27 Mitglieder der Bande gleichfalls in den Tunnel hineingeschlichen und hatten den räumlichen Eingang zugeworfen. Es blieb also nichts anderes übrig, als Juan Krale so kräftig an den Beinen zu ziehen, daß er laut um Hilfe schrie. Die Gefängniswärter eilten herbei und befreiten den dicken Flüchtling — und zogen nach ihm die 27 Gefährten aus dem engen Schacht.

Langsame Erwärmung. Aus Südwest-Europa ist eine stärkere Erwärmung bis zum oberen Rheingebiet vorgebrungen. Im Dienstag nachmittags plus 8 Grad Celsius bis plus 10 Grad Celsius verzeichnet wurden. In unseren Gegenden hält der Frost dagegen überall an und die meisten Stationen meldeten hier um 14 Uhr minus 6 Grad Celsius bis minus 8 Grad Celsius. Nur auf den Höhen des Erzgebirges und des Böhmerwaldes macht sich bereits eine stärkere Erwärmung geltend, der Panzer hatte am Nachmittag nurmehr minus 3 Grad Celsius. In der Nähe der Warmegrenze fällt in der Republik noch dieberorische Schnee. Wahrscheinliches Wetter Mittwoch: Vorwiegend bis wechselnd bewölkt, zeitweise noch Schneefälle, weitere Frostmilderung. Wetteraussichten für Donnerstag: Anbauer der unbeständigen Witterung, Niederschläge meist in Schneeform. Im Südwestteil der Republik Temperaturen nahe Null, sonst Frost.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Donnerstag

Prag, Sender I: 10.05 Deutsche Presse, 10.15 Deutsche Sendung: Frauen-Lieder, 10.30 Schallplatten, 11.05 Salonorchestertonert, 17.45 Deutsche Sendung: Jugendstunde: „Tiere klagen an“, 18.10 Oberlehrer Blau: Der Lehrer auf dem Dorfe, 18.25 Landwirtschaft, 18.45 Deutsche Presse, 18.55 Aus dem deutschen Kulturleben, 19.25 Geigenkonzert, 20.00 Oper aus dem Studio: Boris Godunow. — Prag, Sender II: 7.30 Populäres Konzert, 14.15 Deutsche Sendung: Die Welt des Kindes, 14.50 Deutsche Presse, 18.00 Militärkonzert. — Brann: 15.00 Rundfunkdebertonert, 17.40 Deutsche Sendung: Dr. Kren: Ueber die englische Verfassung. — Breslau: 16.15 Rundfunkdebertonert, 19.25 Slownische Lieder. — Kischau: 12.05 Opernsantien. — Mährisch-Odrau: 18.10 Deutsche Sendung: Dr. Lorenz: Ueber Puschkin, 21.15 Rundfunkdebertonert.



Trozki nach seiner Ankunft in Mexiko

Der Mann des „Oktober“, Schöpfer der Roten Armee, Kampfgesährte Lenins, der nach den Behauptungen der GPU Rußland zertümmern und faschistisch machen will ...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Das Oberste Verwaltungsgericht zu der Frage der Filialen

Das Oberste Verwaltungsgericht hat unter Vorsitz seines 2. Präsidenten Josef Capek am 2. d. M. seine Entscheidung über die Beschwerde mehrerer Großfirmen gegen die Genehmigung von Filialniederlassungen (Verkaufsstellen) auf Grund der Regierungsverordnung 102/35 publiziert, nachdem am 5. und 8. Jänner die öffentliche Verhandlung der insgesamt sechs Verwaltungsbeschwerden stattgefunden hatte. Beschwerdeführer waren die Firmen Kheera, Rupa und Melinwegen. Die Filialniederlassungen sind fünf verschiedenen Zweigstellen durch die Gewerbebehörden, auf der anderen Seite das Prager Handelsgericht, das wieder gegen die erfolgreiche Genehmigung der Filiale der Großfirma Rupa in der Hybernergasse Beschwerde eingelegt hatte. Bedeutungslos wird die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes besonders dadurch, daß in einzelnen Beschwerden die Reg. Vdg. 102/35 als verfassungswidrig bezeichnet worden war, da sie dem § 108, 2. Abs. der Verfassungsurkunde widerspreche, die eine Beschränkung der Erwerbsfreiheit nur aus Gründen des öffentlichen Interesses zulasse, welche Voraussetzungen für die Verordnung 102/35 nicht gegeben sei.

Dieser ersten Hauptinstanz der Verwaltungsgerichte ist die Beschränkung der Erwerbsfreiheit auf Grund eines Gesetzes möglich und die angefochtene Verordnung 102/35 stütze sich auf das Ermächtigungsgesetz, Zahl der Sammlung der Ges. u. Vdg. 109/34 und 131/35, durch welches die Regierung zur Regelung der Produktions- und Preisverhältnisse sowie des Geldumlaufes für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse ermächtigt wurde. Die Gültigkeit eines Gesetzes zu prüfen, sei nicht Sache des Verwaltungsgerichtes, sondern obliegt dem Verfassungsgericht. Ebenso habe sich das Verwaltungsgericht nicht mit volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsfragen zu befassen, sondern lediglich mit der Prüfung der Rechtmäßigkeit.

Ein weiterer wichtiger Punkt des ergangenen Erkenntnisses bezieht sich auf die Frage, wie bei solchen Filialgründungen vorzugehen sei, die schon vor Inkrafttreten der Verordnung 102/35 angeordnet wurden, da einzelne Gewerbebehörden die rückwirkende Wirkung der Verordnung in einigen der in Frage stehenden Fälle nach Ansicht der Beschwerdeführer unrichtig ausgelegt hätten. In dieser Frage entschied das Gericht, daß die Vorschriften über die rückwirkende Geltung auf solche Fälle anzuwenden sei, in welchen die zuständigen Gewerbebehörden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens noch keinerlei Rundgebung in der anfänglichen Sache erlassen hätten. Auf bereits in Betrieb befindliche Filialen bezöge sich also die Verordnung nicht.

Von Bedeutung ist endlich die Feststellung des Verwaltungsgerichtes, daß die Verordnung 102/35 kein allgemeines Verbot der Filialgründung beinhaltet, sondern nur für solche Fälle, wo die Gründung der Filiale einen unheilvollen Einfluß auf die örtlichen gewerblichen Konkurrenzverhältnisse ausüben könnte.

Deshalb müßten die Gewerbebehörden im Einzelfall ihre Abweisung durch Anführung konkreter Fakta belegen. Allgemeine Konstatierung der ungünstigen Wirkung genüge nicht.

Im Sinne des Angeführten wurden die Beschwerden teils abgewiesen, teils wurde ihnen stattgegeben und die angefochtenen behördlichen Entscheidungen als ungesetzlich aufgehoben. Abgewiesen wurden die Beschwerden natürlich, soweit sie die Gesetzwidrigkeit der Verordnung 102/35 geltend machten. Im übrigen entschieden die im Einzelfall vorliegenden konkreten Umstände. Aufgehoben wurde insbesondere die Nichtgenehmigung der „Rupa“-Filiale in Aussen, die sich zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung bereits im Betrieb befunden hatte. Aus dem gleichen Grunde wurde andererseits auch die Beschwerde des Handelsgerichte gegen die Genehmigung der Rupa-Filiale abgewiesen.

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Scharfe Konkurrenz Japans an indischen Glasmarkte. Im Laufe der letzten Jahre ist es Japan gelungen, der Tschechoslowakei am indischen Glasmarkt viel Terrain abzugewinnen und selbst die Führung zu übernehmen. Während die Tschechoslowakei 1930/31 noch für 3,6 Mill. Rupies Glaswaren nach Indien importierte, senkte sich 1934/35 der Anteil auf 1,9 Mill.; Japan erzielte im gleichen Jahre bereits 6,4 Mill. Rupie. Als typisches Beispiel der scharfen japanischen Konkurrenz kann die Einfuhr von Glasringen (Wangles) dienen. Die Tschechoslowakei lieferte 1930/31 für 2,1 Mill., 1934/35 aber nur mehr für 1,2 Mill. Rupies. Japans Anteil ist demgegenüber nicht zurückgegangen und blieb auf 1,8 Mill. Rupie. Beim Wangleexport spielt der billige japanische Preis infolge einer großen Rolle, als bei religiösen Festen gewöhnlich die Glasringe den Göttern geopfert werden.

In Holland starkes Interesse für die Prager Messe. Verichten der Messevertreter zufolge besteht in Holland für die kommende Prager Frühjahrsmesse starkes Interesse. Auch das tschechoslowakische Konsulat in Amsterdam hat dem Messeamt höchste Nachfrageaktivität gemeldet. Da Holland mit zu den besten Märkten auf jeder Messe gehört, ist die zu erwartende Besuchszunahme aus Holland für den Geschäftsverlauf der kommenden Messe von größter Bedeutung.

Zunahme an neuen Kraftfahrzeugen. Im Jahre 1936 wurden bei den Eisenbahnhöfen 11.126 neue Kraftwagen und 9202 neue Motorräder (mit und ohne Beiwagen) eingetragen. Von der angeführten Gesamtzahl an neuen Wagen waren 10.058 Personenzüge, 1004 Lastwagen und 64 Autobusse. Tschechoslowakischer Erzeugung waren 10.060 (90,4 Prozent), ausländischer Erzeugung 1068 (9,6 Prozent) Kraftwagen. Von den tschechoslowakischen Marken erreichten: 1. Sloba 3013, 2. Tatra 2975, 3. Praga 2017, 4. Aero 1038, 5. Praga 554, 6. Tatra 249, 7. Walter 179, 8. Bitov 85, 9. Křof-Büßing 8. Von der Gesamtzahl an neuen Motorrädern waren tschechoslowakischer Erzeugung 8794 (95,6 Prozent), ausländischer Erzeugung 408 (4,4 Prozent). Von den tschechoslowakischen Marken erreichten: Jawa 5549, Cestka Projeobla

2551, Dgar 610, Böhmerland 45, Praga 20. — Im Jahre 1935 wurden 9278 Kraftwagen verkauft.

Wie Hitler den Krieg finanzieren will

Am verletztesten Stelle kann man in mancherlei Zeitschriften finden, wie sich das Regime die Finanzierung des Krieges vorstellt, und daraus ersehen, welche Leiden dem deutschen Volke bevorstehen. Im „Deutschen Volkswirt“ wird erklärt, daß es heute keine deutschen Auslandsanlagen von 20 Milliarden mehr gebe und daß die Rohstofflager Belgiens und Nordfrankreichs diesmal „nicht so bald“ zur Verfügung stehen würden, müsse man 1. sämtliche Steuern im Ernstfall erhöhen, 2. den Konsum kürzen, und zwar in der Weise, daß die nicht im Kriegsdienst oder in der Kriegswirtschaft tätige Bevölkerung mit dem psychologischen eben noch a u s t r i a m i t d e n M i n i m u m vorlieb nehmen müsse, 3. würden die Kriegsanleihen wieder in Erscheinung treten, und zwar diesmal in Form von W o r a n s a n l e i h e n, 4. würden Maßnahmen nicht zu umgehen sein, die auf eine Inflation hinausläufen. Im Finanzarchiv wird angedeutet, daß die Preise her-

Fruchtsaft
in Glasflaschen
behält das Aroma!

aufgesetzt, die Löhne dagegen stabil gehalten werden müßten. Als Kürzung des Reallohnes! Die Sparmaßnahmen sollen ein Auszahlungsverbot erhalten und gleichbleibenden Monatsraten soll die Kriegssteuer unter entsprechender Kürzung der Guthaben erhoben werden. Also die kleinen Sparern sollen die Lasten tragen, dagegen „sollen alle jene Besitzer ungeschoren gelassen werden, deren Vermögensverluste sich mit der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Verlustquote decken“, und dazu werde „die Mehrheit der Unteren gehören“. In der „Deutschen Wehr“ fordert Steinberger, daß bei Kriegsbeginn die „unbegrenzte Dienstleistungspflicht“ angeordnet werde. Lohnkürzungen seien notwendig zu steuern. Die Bevölkerung habe unentgeltlich kriegsdienstliche Sachverste aus ihrem Privatbesitz (Photoapparate, Scheringe usw.) abzuliefern. Ein Dr. Tafel fordert sogar, die Arbeiter sollten keinen Lohn bekommen, sondern vom Staat ernährt werden. Im „Deutschen Volkswirt“ hat darauf der Generalstabschef Thomas erwidert, daß Gedanken an Verstaatlichung in Deutschland nicht am Platze seien. Im V. Heft des Instituts für Konjunkturforschung meldet sich eine andere braune Leuchte, namens Stübel, zum Wort und erklärt, entgegen bisheriger liberalistischer Auffassungen spiele in einem autoritären Regime Geld überhaupt keine Rolle. Man kann daraus ersehen, was die Machthaber Deutschlands mit dem unterdrückten und ausgeplünderten Volke vorhaben. Die Zwangsjade wird noch enger werden, als es schon ist. Im übrigen beginnt die Mobilisierung bereits. Nach zuverlässigen Informationen haben jetzt auch zahlreiche Frauen Nachrichten erhalten, wo sie sich am Tage des Kriegsbeginnes zwecks Empfangnahme weiterer Weisungen und zwecks Arbeitszuteilung einzufinden haben, z. B. auf Postämtern etc.

Ausland

Judische Wahlen. (N.B.) In diesen Tagen haben die Wahlen für die indischen Provinzparlamente ihren Anfang genommen. Im insgesamt 1845 Sitze betreiben sich mehr als 5000 Kandidaten. Die Provinzialwahlen sollen abichtlich den Bundesratswahlen vorangehen, um gewissermaßen ein Stimmungsbaremeter zu haben. Ein Vergleich mit den europäischen Parteien ist bei diesem Verfahren nicht möglich. Es stehen einander drei Gruppen gegenüber, die sich in ihrer Einstellung zur britischen Verwaltung voneinander unterscheiden. Die größte Gruppe ist die indische Kongresspartei, die in sich nicht einheitlich, sondern in viele Richtungen gespalten ist. Ihr Führer, P a n d i t R e h r u, hat die Lösung der sozialen Befreiung von England aufgestellt, aber er weiß, daß eine ultraradikale Einstellung nur die Aristokratie seiner Gruppe aus dem politischen Leben bedeuten würde. Daher duldet er, daß Anhänger seiner Richtung Kemler annehmen und sich an der Verwaltung beteiligen, obwohl dies eigentlich dem Programm zuwiderläuft. Gandhi's Einfluss ist sehr zurückgegangen. Man hält seinen Hinduismus für rückständig und wirft ihm vor, zu nachgiebig gegenüber der oberen Klasse gewesen zu sein. Neuerdings sucht er dadurch Terrain zurückzugewinnen, daß er den nationalen Gedanken über den religiösen stellt, das Kastensystem kritisiert und sich der Parias annimmt, die bisher ihren Schutz hauptsächlich bei England suchten und sogar schon einmal an England mit der Bitte herantreten, sie in Afrika anzusiedeln. Der Feldzug gegen die britische Industrie ist dadurch nicht mehr so populär als früher, als heute die japanische Industrie für Indien viel gefährlicher geworden ist und Indien bei einer Schwächung der englischen Position immer mehr zum Opfer des japanischen Dumpings wird. Man sieht, Indien befindet sich in einem Zustand allgemeiner Umwälzung. Die Probleme haben sich gewandelt. Dem Ergebnis der Wahlen sieht man daher mit großem Interesse entgegen.

Die österreichische Arbeitslosigkeit beträgt nach amtlichen Angaben 228.000, tatsächlich aber ungefähr 320.000, also mehr als 5 Prozent der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich größer als in der Tschechoslowakei.

Die Sperrung der Sunda-Straße. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zum Schutze von Niederländisch-Indien wird die Sunda-Straße zwischen Sumatra und Java durch Minen und 15,5 Benteimeter-Rüstenbatterien geschützt werden. Soerabaja auf Ost-Java entwickelt sich zu einem mächtigen Kriegshafen. Heberall herrscht eine fleißige Tätigkeit. Es werden Miesbehälter für Öl und Benzin gebaut, Schiffswerften und Dock errichtet, Flugzeug- und Munitionsfabriken geschaffen.

Die junge philippinische Armee wird von einem amerikanischen Generalstabler, Generalmajor Douglas Mac Arthur, organisiert. Ihre aktive Stärke soll 8000, die Reserve 40.000 Mann betragen. Die Küstenbesetzungen der Philippinen werden zurzeit modernisiert, die Luftwaffe ausgebaut. Der Widerstand auf den Philippinen gegen Japan ist am Wachsen. Es gibt sogar Kreise, die es gerne sehen würden, wenn die Philippinen ein englisches Dominion werden würden. „Alles, nur nicht Japan!“ Das ist neuerdings die Parole.

Vier Tage Krieg ...

Vor einigen Monaten erfuhren wir, wie der englische Romancier E. Fowler Right sich den Ausbruch des nächsten Krieges vorstellte: „Der Untergang von Prag“ erschien in vielen Sprachen und hatte jenen Sensationserfolg, der allen geschichtsschreibenden Kolportageromanen rechtens zukommt. Leider schneit die Erzählung grad an jenem Punkt ab, wo die Probleme begannen; Prag war ein rauchender Trümmerhaufen und die britische Regierung stand vor der Alternative, entweder die nationalsozialistische Hunnenart anzuerkennen und sich neutral zu erklären — oder die deutschen Flugzeuggeschwader binnen wenigen Stunden über London zu sehen.

E. Fowler Right hat Mitleid mit der Neugier seiner Leser gehabt: in „Vier Tage Krieg“ („Four Days War“, bei Robert Hale u. Co., London) erzählt er uns, wie's weiterging. Selbstverständlich beschreibt er uns nicht einen Krieg, der bloß vier Tage dauert — wo bliebe da die künftige Beschäftigung für sein beträchtliches Publikum!; sondern Fowler Right gibt uns die Chronik der ersten vier Tage des Gemetels, und wir dürfen wohl erwarten, daß je nach der Dauer, die der Autor dem neuen Krieg zubilligt, eine Serie von vier bis vielen Fortsetzungsromanen nachfolgen wird.

Die britische Regierung weigert sich also, dem deutschen Ultimatum stattzugeben. Man mobilisiert, viel ist's nicht, man telephoniert mit Paris, was soll man tun? Loschlagen? Nein, lieber abwarten, wie man es stets getan, und immer Danton's Worte auf den Lippen (als er fühlte, daß es aus war mit ihm): „Sie werden es nicht wagen! Sie werden es nicht wagen!“ — bis er auf der Guillotine stand. Früher hatte er gerufen: „Mühigkeit! Mühigkeit! Mühigkeit!“ — aber das war zu seiner Blüthezeit und gehört nicht hierher; die Deutschen wagen es also doch; ein-

fürchterliche Luftschlacht findet über London statt, halb London brennt, die Engländer schlagen sich glänzend, aber fast ihre ganze Luftflotte geht drauf und die Deutschen haben ungeachtete Reserven ...

Die in Paris bekommen die Köpfe: geht's gegen uns! Sollen wir nun doch eingreifen? Ministerat; wenn bloß die Russen etwas von sich hören lassen wollten! Wir fliegen von Westen her gegen Deutschland, sobald sie im Osten attackieren; statt dessen schweigen sie sich aus. Da kommt ein junger Angestellter einer Reisegesellschaft in den Ministerrat gestürzt, mit sensationeller Nachricht:

„Vor fast einer Stunde flog ein russisches Geschwader westwärts über die bayerischen Berge!“

„Sie sind sich dessen sicher?“ Monsieur Bonnier sprach ruhig, obwohl seine Stimme zitterte.

„Mein Herr, es ist wirklich wahr. Es ist ja unser Geschäft, darin Verscheid zu wissen. Ein russisches Flugzeug kam am Bodner nieder, nachdem es in der Luft Feuer gefangen hatte.“

„Es fiel im Kampf gegen die deutsche Luftflotte?“

„Nein, Monsieur. Es war ein Unfall. Man sah deutsche Kriegseroplane, die ihnen den Weg zeigten.“

Auf diese Weise erfährt der Ministerpräsident Frankreichs, daß die Russen an der Seite der Hitlerflieger gen Westen ziehn, wie es ein lang existierender Geheimvertrag vorgesehen hatte. Bolschewismus und Nationalsozialismus reichen sich die Bruderhand!

So will es die Phantasie des Schriftstellers Fowler Right — oder doch seine Geschäftstätigkeit. Dieser Autor, der bereits mit knapp zwei Dutzend Kriminal- und Abenteuerromänen auf dem angelsächsischen Büchermarkt vertrieben ist, verliert die Bitterung für den Publikumsgeschmack auch dann nicht, wenn er das Tätigkeitsfeld seiner

„Gelden“ aus den Kassen in die Regierungspaläste Berlins verlegt; er weiß, daß dem braven britischen Bürger vor den Bolschewiken nicht weniger mies ist als vor den Nazis (ein Gemüts- und Geisteszustand, der ja ein Hauptgrund für die Unentschlossenheit der britischen Außenpolitik ist). So kloppt er einfach zusammen, und der brave britische Bürger atmet auf angesichts dieser literarischen Gestaltwerdung eines dunklen Wunschtraums: Hakenkreuz und Sowjetstern vertreten gemeinsam die Sache des Bösen, drüben aber auf der anderen Seite steht die Front des Lichts, der Beharrung, der Solidität; ihr sollte man sich nicht anschließen? — Das Buch dürfte in England ein Riesenerfolg werden.

Nachdem der deutsche Luftchef von Teuffel sich durch die eigenhändige Ermordung des humanisierenden Generalfeldmarschalls an die Spitze der deutsch-russischen Luftstreitkräfte gebracht hat, läßt er die Vatikanstadt samt dem Pontifex magnum in Atome zersprengen — symbolische Kriegserklärung an die christliche Religion. Italien schließt sich den Deutschen an, aber der Kronprinz flüchtet nach Wien und protestiert; die kleinen Staaten kuscheln, was sollen sie anderes tun.

Die Kanadier schicken ihre Luftflotte dem Mutterland zur Hilfe, neuer heroischer Luftkampf. Die beiden Mächten reiben sich fast auf, aber Deutschland verfügt über immer neue Maschinen. Kanada ruft die übriggebliebenen Aeroplane zurück. Amerika, obwohl es sich zunächst für England ausgesprochen hatte, weicht der Entscheidung aus, Britannien liegt wehrlos und verlassen da, preisgegeben dem Westrieg der Deutschen, durch dessen fürchterliche Wirkung sie die Moral der englischen Zivilbevölkerung erschüttern und den Frieden erzwingen wollen. Einzelne Flugzeuge mit dem Union Jack auf den Tragflächen gesteuert durch die Lüfte und suchen den Tod im sinnlos gewordenen Kampf, und England's einzige Waffe bleibt die Seeflotte, die bis jetzt noch nicht in Aktion treten konnte. Weltuntergangsstimmung ...

das Bild wird langsam abgeblendet. (Fortsetzung folgt.)

Man ersieht aus dieser Mär, daß Fowler Right in seinem ersten Band sehr mißverstanden worden ist. Man erblickte in ihm den englischen Propagandisten einer weltweiten Volksfront gegen die Nazis (und ein kommunistischer Verlag ließ es sich nicht nehmen, das Buch deutsch herauszubringen). Aber Fowler vertritt weit eher die Konzeption des Kriegsministers Duff Cooper: er propagiert die anglo-französische Allianz. Dabei findet er ausgezeichnete Worte der Verdamnung gegen die pazifistisch verbrämte Gleichgültigkeit, die England bis vor kurzem ungerührt und un-tätig verharren ließ und die es beinahe an den Rand des Abgrundes getrieben hätte. In dieser heftigen Kritik liegt der Nutzen auch des neuen Buches.

Man könnte an ihm vorbeigehen, wenn man den „Untergang von Prag“ nicht zu einem Politikum gestempelt haben würde. Jetzt kann man über die Fortsetzung nicht hinweggleiten, weil es sich „nur“ um einen Kolportageroman handelt. Beide haben ihre Wirkung ...

Fowler Right hat der Sache, der er helfen will, einen schlechten Dienst erwiesen. Er übersieht, daß man — will man gegen die deutsche Gefahr wirklich wirkungsvoll aufrufen — jene Front des Friedens propagieren muß, die ganz Europa umfaßt und deren erster Schützengraben von Paris bis Moskau reicht. Während die Erkenntnis bei allen Antinazis des Kontinents längst Gemeingut geworden ist, daß die Sowjetunion einen der mächtigsten Friedensgaranten darstellt, und daß — ungeachtet der Schmierverleumdungen — die Defensivblände mit Moskau ausgebaut werden müssen, macht der Engländer Fowler Right opportunistische Zugeständnisse an jene Politiker seines Landes, die durch ihre Haltung schließlich die Schuld daran tragen, daß Hitler zu der Gefahr werden konnte, die er noch immer darstellt. Mag & erb.

